

## Das „C“ in der Programmatik der CDU

Von Rudolf Uertz

Das Christliche als Parteiname und Leitidee ihrer Programmatik ist das besondere Markenzeichen der CDU. Das „C“, wie heute die christliche Konnotation der CDU oft verkürzt genannt wird, ist aber von jeher auch Stein des Anstoßes gewesen. Dabei waren sich schon die Parteigründer im Klaren, dass die Orientierung der Partei am Christentum im säkular-pluralistischen Gemeinwesen eine besondere Herausforderung darstellt.

Man kann unterstellen: Die CDU-Gründer waren keine Missionare oder gar religiöse Fundamentalisten. Der christliche Glaube stand keineswegs im Widerspruch zu rationalem Kalkül und taktischem Geschick im politischen Raum, wofür nicht zuletzt Konrad Adenauer als Beispiel dienen kann. Er war bekennender Katholik, zugleich aber auch ein erfolgreicher Politiker und Staatsmann. Ein deutsches Magazin brachte dies einmal wie folgt zum Ausdruck: Adenauer ist praktizierender Katholik. Aber man kann sich diesen Mann nur schwer im Beichtstuhl vorstellen. Man fragt sich: Warum setzte sich die Partei – trotz der abzusehenden Probleme mit ihrem „C“ als „Stachel im Fleisch des Säkularismus“<sup>1</sup> – einem solchen Unterfangen aus?

Offenbar müssen die Vorteile, die das Christliche bot, größer gewesen sein, als die politischen Nachteile wie kirchliche Einflüsse, Distanz zu nichtchristlichen Bürgern, Austarieren von politischen und glaubensmäßigen Ansprüchen u. a. m. Die Entscheidung zugunsten des „C“ deutet auch darauf hin, dass wohl in größeren Teilen des politischen Spektrums und der Wählerschaft ein bestimmtes Grundverständnis und gar Sympathie für eine an religiös-ethischen Normen orientierte Politik und Partei geherrscht haben. Dafür spricht, dass sich die CDU – obwohl sie nach 1945 die einzige neue Formation unter den größten Parteien darstellte – rasch zu etablieren vermochte und schon bald nach der Gründung größere Wahlerfolge verzeichnen konnte. Schließlich ist die Union die einzige politische Kraft, die jemals (1957) in einer Bundestagswahl die absolute Mehrheit errungen hat.

Die Säkularität des Gemeinwesens und die Verpflichtung des Staates zu weltanschaulicher Neutralität waren offenbar grundsätzlich für große Teile der deutschen Gesellschaft kein Hindernis, einer christlich-demokratischen Partei ihre Stimme zu geben und ihr die Regierungsverantwortung anzuvertrauen. Das lässt darauf schließen, dass die Gründung der Union, wie es der CDU-Mitbegründer in Berlin, Jakob Kaiser formulierte, gewissermaßen „in der Luft

---

1 Vgl. Hermann LUTZE, *Ist in evangelischer Sicht eine christliche Partei nötig oder möglich?*, Köln 1946, S. 5ff.

lag“:<sup>2</sup> Sie entsprang der im Nachkriegsdeutschland in der Bevölkerung weit verbreiteten moralisch-politischen Grundhaltung, dass das Christentum und die christliche Ethik diejenigen Grundwerte und sittlichen Normen verkörpern, die der Nationalsozialismus mit Füßen getreten hat.

Insofern scheint es verständlich, dass die führenden CDU-Politiker trotz der schon in den Gründerkreisen bedachten Einwände, die gegen die religiös-christliche Festlegung der Partei sprachen, sich dennoch für die christlich-demokratische, interkonfessionelle Volkspartei entschieden. Noch im Rückblick ist gut nachvollziehbar, dass die CDU in der Gründungs- und Konsolidierungsphase ihre Orientierung am Christentum und an der christlichen Ethik „relativ unproblematisch genommen“ hat (Paul Mikat).<sup>3</sup> Aber das Selbstverständnis, mit dem in der Frühzeit der CDU und weit darüber hinaus die christliche Werteorientierung aufgenommen wurde, schwand mit der Zeit. Als Faktoren der Veränderungen werden gerne die gesellschaftlichen Umbrüche in den 1960er Jahren und der Wertewandel in der Bundesrepublik angeführt. Aber diese These greift zu kurz. Der Wertewandel ist keineswegs ein Phänomen, das lediglich von außen auf die gesellschaftlich-politischen Institutionen einwirkte; vielmehr setzen die Faktoren, die zu einer modifizierten Umschreibung und stärkeren Problematisierung des „C“ in der CDU-Programmatik führten, mitten im vopolitischen Raum, im kirchlichen Milieu an.

Der zunächst so selbstverständlich erscheinende Rückgriff der Partei auf die christliche Sozialethik wurde 1958 auf einer Münchener Tagung der Katho-

- 
- 2 Vgl. *Erste Sitzung des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU vom 13.–15. März 1947* in Berlin, in: *Die Unionsparteien 1946–1950. Protokolle der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands und der Konferenzen der Landesvorsitzenden*, bearb. von Brigitte KAFF, Düsseldorf 1991, S. 59. So kam es zum Beispiel schon kurze Zeit nach der Kapitulation der deutschen Wehrmacht im Mai 1945 zu spontanen, voneinander unabhängigen Gründungen der CDU und CSU in Berlin, Köln, Frankfurt, Hannover, Stuttgart, Würzburg, München. Die Idee war in den Widerstandskreisen und Gestapogefängnissen im Bewusstsein gemeinsamer politischer Überzeugungen und Leitbilder geboren worden.
- 3 Rudolf UERTZ, *Protokoll des Expertengesprächs zum „C“*, Konrad-Adenauer-Stiftung/Archiv für Christlich-Demokratische Politik vom 14. Mai 2003, Sankt Augustin, S. 5. – Wie weit das christlich-demokratische Selbstverständnis auch in protestantischen Gründerkreisen verbreitet war, beleuchtet der Essener CDU-Mitbegründer und später der SPD angehörende Bundespräsident Gustav HEINEMANN, *Demokratie und christliche Kirche. Ein Beitrag zu einer „deutschen Demokratie“* (Schriftenreihe der CDU des Rheinlandes, Heft 9), Köln 1946, S. 7, der hinsichtlich der Bewährungsproben der interkonfessionellen „C“-Partei die Protestanten auf die „reiche politische Tradition des katholischen Volksteiles“ und der im Kulturkampf vertieften „Distanz seiner Kirche zum Staat“ und der dabei erprobten „eigenen politischen Betätigung“ und „gute(n) demokratische(n) Schule“ hinweist. Zugleich zeigen die Ausführungen Heinemanns, wie sehr auch in protestantischen Kreisen das „C“-Verständnis und das Verhältnis von Religion und Politik nicht nur personaletisch (Verantwortungsethik), sondern auch im institutionellen Rahmen von Kirche(n) und Staat gesehen wird. Vgl. *Funktion und Auftrag des „C“* (RCDS-Schriftenreihe 7), hg. vom Ring Christlich-Demokratischer Studenten, Bonn 1971, S. 8ff., S. 16ff. (mit Quellen und Literatur).

lischen Akademie in Bayern kontrovers diskutiert. Das Besondere daran ist: Es sind hochrangige katholische Theologen und Sozialethiker, die die Frage des Verhältnisses von christlicher Sozialethik und Politik und demokratischem Sozialismus mit führenden Vertretern der SPD erörtern. Die Tagung wird zu einem Fanal. Das „C“ droht seine Rolle als Alleinstellungsmerkmal der Unionsparteien einzubüßen, mit der Folge, dass sich die Christen beider Kirchen verstärkt auch in anderen demokratischen Parteien engagieren.

Davon handelt der folgende Beitrag. Der erste Teil führt zurück in die Gründungsphase der CDU und die philosophisch-theologischen Diskussionen um die grundsatzprogrammatische Orientierung am „C“. Der zweite Teil handelt von den politischen Kontroversen um das „C“. Im dritten Teil geht es um die Neuorientierung der CDU-Grundsatzprogrammatik seit den 1970er Jahren, während sich der vierte Teil der Betrachtung des „C“ in der Grundsatzprogrammatik der CDU seit den 1970er Jahren widmet.

### *1. Die CDU-Programmatik in der Gründungs- und Konsolidierungsphase*

Wie kam es überhaupt zur Gründung christlich-demokratischer Parteien nach 1945? Im Telegrammstil sollen die wichtigen Punkte skizziert werden. Katholiken und Protestanten gründeten 1945 gemeinsam die interkonfessionelle Union. Ein großer Teil der Mitglieder der frühen Gründerkreise waren Verfolgte des Regimes, waren als Beamte oder Angestellte ihrer beruflichen Stellung beraubt worden, hatten 1933 ihre politischen Ämter verloren, waren durch Vertreibung und Flucht heimatlos geworden.<sup>4</sup> Viele hatten selbst in Zuchthäusern oder im Konzentrationslager gesessen, so etliche CDU-Gründer wie Jakob Kaiser, Johannes Albers, Andreas Hermes, Eugen Kogon u. a. in Berlin, Köln und Frankfurt. Unter ihnen befanden sich auch zahlreiche Geistliche beider Konfessionen, ferner vor allem in Rheinland, Westfalen und anderen Gegenden mit überwiegend katholischer Bevölkerung auch christliche Gewerkschafter.

Angesichts des Zusammenbruchs der deutschen Staatlichkeit will man ein neues Deutschland aufbauen. Aber nach welchen Gesichtspunkten? Die herkömmlichen politischen Ideenkreise und Bewegungen wie der protestantische Konservatismus, der Materialismus, teilweise der Wirtschaftsliberalismus und der katholische Zentrumsgedanke schienen diskreditiert. Die Erfahrungen haben gelehrt, dass die Christen in der Weimarer Demokratie in verschiedensten Parteien zersplittert waren, so dass die ohnehin schwache bürgerlich-demokratische Mitte wegen der konfessionellen Spaltungen zusätzlich an Schlagkraft

---

4 Vgl. die Biographien von CDU-Gründern in: Günter BUCHSTAB/Brigitte KAFF/Hans-Otto KLEINMANN (Hg.), *Christliche Demokraten gegen Hitler. Aus Verfolgung und Widerstand zur Union*, Freiburg i. Br. 2004.

einbüßte.<sup>5</sup> Eine christliche Union sollte aber als Partei der Mitte künftig nicht nur Christen verschiedener Konfession zusammenführen.<sup>6</sup> Da das Christliche kein schichtenspezifisches Merkmal ist, will die neue Partei auch den Gedanken der Richtungs- bzw. Klientelparteien überwinden und als eine Volkspartei fungieren, in der Menschen aller Schichten und verschiedener Überzeugungen und Interessen zusammenfinden. Nur so glaubte man, stark genug zu sein, um vor allem der Agitation der Parteien von links und ihren antireligiösen Ressentiments Paroli bieten zu können. Das bedeutete zugleich, dass die christliche Partei auch Nichtchristen und Angehörige anderer Weltanschauung aufnehmen wollte. Das „C“ sollte damit auch für Toleranz und für interdisziplinären, interreligiösen und interkulturellen Dialog stehen.<sup>7</sup> Der heute so selbstverständliche Dialog zwischen den Konfessionen Katholizismus und Protestantismus stand nach 1945 noch ganz in den Anfängen.

Die Kommunisten hatten Christentum und Kirche offen bekämpft, wie auch der Nationalsozialismus. Marx und Engels hatten im Kommunistischen Manifest 1848 die schon erkennbaren Ansätze christlich-sozialer Vorstellungen zur Lösung der Sozialen Frage als „pfäffischen Sozialismus“ persifliert.<sup>8</sup> Die SPD, die die stärkste oppositionelle Kraft zur CDU darstellte, knüpfte bei ihrer Wiedergründung 1945 an den Traditionsresten und der Programmatik von vor 1933 an. Das bedeutete, dass ungeachtet des christlichen Bekenntnisses einzelner Sozialdemokraten in der Parteiprogrammatik das Verdikt August Bebels von 1874 Gültigkeit hatte und weiterhin vom Gros der Sozialdemokraten wie ein Dogma gehütet wurde: „Christentum und Sozialismus stehen sich gegenüber wie Feuer und Wasser.“ Religion galt in der SPD-Programmatik ausschließlich als Privatsache. Bis 1959 war das Heidelberger Programm von 1925 gültig, dem gemäß „jede öffentlich-rechtliche Einflußnahme von Kirche,

5 Daher rührt u. a. beim Gros der christlichen Demokraten nach 1945 auch die strikte Ablehnung der Wiedergründung der konfessionellen Zentrumspartei; vgl. Rudolf MORSEY: *Zentrumspartei (bis 1933)*, in: Winfried BECKER u. a., *Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland*, Paderborn 2002, S. 694–699.

6 Der Begriff „Partei der Mitte“ ist in der Gründungsphase noch nicht gebräuchlich, in der Sache jedoch zutreffend: Die gesellschaftsprogrammatische und ordnungspolitische Interpretation von christlicher Sozialethik und Anthropologie zielt die Mitte zwischen den Extremen ungezügelter Liberalismus’ (Manchesterliberalismus) und Sozialismus an.

7 Vgl. aus theologischer Sicht: Helmut THIELICKE, *Toleranz und Religionsfreiheit. Von der sich erschließenden Wahrheit des Christusglaubens*, in: Bodo B. GEMPER (Hg.), *Religion und Verantwortung als Elemente gesellschaftlicher Ordnung. Für Karl Klein zum 70. Geburtstag*, Siegen 1982, S. 83ff.

8 Karl MARX/Friedrich ENGELS: *Manifest der Kommunistischen Partei (1848)*, in: *Werke*, Bd. 4, 6. Aufl., Berlin 1972, S. 484 (Teil III.1.a), provozieren: „Der christliche Sozialismus ist nur das Weihwasser, womit der Pfaffe den Ärger des Aristokraten einsegnet.“

Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften“ auf Kultur- und Bildungseinrichtungen „zu bekämpfen“ ist.<sup>9</sup>

Wie schwer zunächst die Verständigung über die christlich-religiösen Grundlagen auch innerhalb der Union war, zeigt die Gründungsversammlung der CDU des Rheinlands vom September 1945 in Köln. Hier begegneten sich erstmals größere katholische und evangelische Gruppierungen. Der evangelische Rechtsanwalt Otto Schmidt aus Wuppertal war geprägt von der reformatorischen Theologie Karl Barths, die die Barmer Theologische Erklärung 1934 bestimmte.<sup>10</sup> Sie ist jene Stellungnahme, mit dem sich die Bekennende Kirche gegen die die totalitären Ansprüche des Nationalsozialismus und den mit diesem kooperierenden Deutschen Christen richtete.

Das Dokument zieht deutliche Trennungslinien zwischen den Ansprüchen Gottes an den einzelnen und den Gehorsams- und Loyalitätspflichten des Christen gegenüber dem Staat (Römer 13,1–7). Vor allem für die evangelischen CDU-Gründer und den politischen und parteipolitischen Neuanfang sollte Barmer eine hervorragende Bedeutung haben. Die christliche Ethik wirkt hier unverkennbar als Begrenzung staatlicher Gewalt und politischer Ansprüche. Die evangelischen Unionspolitiker verstanden ihren spezifischen Zugang zur Politik als theologisch-biblich begründete „Politik aus dem Glauben“.<sup>11</sup> Die katholischen Teilnehmer, darunter viele ehemalige christliche Gewerkschafter, waren geprägt von der katholischen Soziallehre. Entsprechend orientierten diese sich am „christlichen Naturrecht“ und den sozialreformerischen Grundsätzen.

Die an den Grundsätzen der Sozialethik beider Kirchen orientierten Programme und Aufrufe der Partei bleiben zwangsläufig noch im Grundsätzlichen; sie sind vornehmlich auf die Motivation, die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und die allgemeinen geistig-sittlichen Orientierungslinien ausgerichtet. Die Ordnungsideen und programmatischen Zielsetzungen sind noch kaum greifbar.<sup>12</sup> Doch in staats-, rechts- und gesellschaftsethischer Sicht

9 *Das Heidelberger Programm der SPD (1925)*, in: *Sozialdemokratischer Parteitag 1925 in Heidelberg. Protokoll mit dem Bericht der Frauenkonferenz*, Berlin 1925, Kultur- und Schulpolitik, 3. Absatz.

10 Vgl. den programmatischen Entwurf von Otto SCHMIDT, *Christlicher Realismus – ein Versuch zu sozialwirtschaftlicher Neuordnung*, Köln 1946 (Nachdruck in: *Die Neue Ordnung*, Sondernummer September 1985, S. 47–58); ferner LUTZE (wie Anm. 1).

11 In Anlehnung an die *Barmer Thesen* heißt es in der Präambel der Kölner Leitsätze der CDU von 1945: „Gott ist der Herr der Geschichte und der Völker, Christus die Kraft und das Gesetz unseres Lebens. Die deutsche Politik unter der Herrschaft des Nationalsozialismus hat diese Wahrheit gelehnet und missachtet. Das deutsche Volk ist deshalb in die Katastrophe getrieben worden. Rettung und Aufstieg hängen ab von der Wirksamkeit der christlichen Lebenskräfte im Volk.“ Kölner Leitsätze, 2. Fassung vom September 1945, in: Leo SCHWERING, *Frühgeschichte der CDU*, Recklinghausen 1963, S. 215ff.

12 Vgl. Gerhard SCHULZ, *Die CDU*, in: *Parteien in der Bundesrepublik. Studien zur Entwicklung der deutschen Parteien bis zur Bundestagswahl 1953*, mit einer Einleitung von Sig-

erweist sich das Christliche als stärkster Antipode zum Totalitarismus und Kollektivismus und vermag damit wesentliche Leitlinien für den Staats- und Gesellschaftsaufbau zu formulieren.<sup>13</sup>

Im Übrigen war man sich in den Gründerkreises darüber im Klaren, dass eine betont religiöse Fundierung der Partei nur von einer relativ kleinen Gruppe von Menschen wirklich „gelebt werden könne“. Der evangelische Christ Otto Schmidt gibt zu bedenken: Kulturprotestanten und Katholiken können sich „viel besser verstehen als beide (zusammen) mit den ‚radikalen und nüchternen‘ Protestanten“. Doch will man „selbstverständlich auch die Mitglieder der Partei anerkennen, die nicht die radikalen (religiösen) Grundlagen, sondern nur die Ziele der Partei anerkennen“. Das ist zweifellos ein Zugeständnis an die Interkonfessionalität und die Idee der Volkspartei, die selbstredend auch die Massen ansprechen will.<sup>14</sup>

Die Katholiken argumentierten dagegen zumeist nicht biblisch-theologisch, sondern primär naturrechtlich. Im Kontext der beiden päpstlichen Sozialenzykliken „*Rerum novarum*“ Papst Leos XIII. (1891: „Über die Arbeiterfrage“) und „*Quadragesimo anno*“ Papst Pius' XI. (1931: „Über die gesellschaftliche Ordnung“) wurden von den christlich-sozialen Gewerkschaftern in der CDU aus der kirchlichen Naturrechtslehre umfassende Gesellschaft- und sozialpolitische Forderungen abgeleitet. Für den Protestantismus hingegen sind vom theologisch-anthropologischen Grundverständnis her, dem Dogma der Sündhaftigkeit des Menschen, das Naturrecht und aus ihm abgeleitete Sozialforde-

---

mund NEUMANN, Stuttgart 1955, S. 1–153; Wolf-Dieter NARR, *CDU–SPD. Programm und Praxis seit 1966*, Stuttgart 1966, der die Bedeutung des Christlichen als sozialem Faktor (im Sinne der Verantwortungsethik) nicht angemessen berücksichtigt; vgl. Rudolf UERTZ, *Die Christliche Demokratie im politischen Ideenspektrum*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 9 (2002), S. 31–62.

- 13 Dies wird besonders deutlich beim Vergleich der natur- und menschenrechtlichen Begründungen von Staat und Verfassung nach 1945 mit dem NS-Recht (so z. B. Heinrich ROMMEN, *Die ewige Wiederkehr des Naturrechts*, 1. Aufl., Leipzig 1936, 2. Aufl., München 1947, S. 233: „Das personale Sein des Menschen ist allem positiven Rechte ...“ und damit „auch für den rechtstheoretischen Positivismus vorgegeben“.), das durch den bis dahin herrschenden Rechtspositivismus in Staat, Recht und Verwaltung begünstigt wurde (vgl. z. B. Ernst Rudolf HUBER, *Verfassungsrecht des Großdeutschen Reiches*, 2. Aufl., Hamburg 1939, S. 361, wo es heißt: „Insbesondere die Freiheitsrechte des Individuums gegenüber der Staatsgewalt mußten verschwinden; sie sind mit dem Prinzip des völkischen Reiches nicht vereinbar. Es gibt keine persönliche, vorstaatliche und außerstaatliche Freiheit des Einzelnen, die vom Staat zu respektieren wäre. An die Stelle des isolierten Individuums ist der in die Gemeinschaft gliedhaft eingeordnete Volksgenosse getreten, der von der Totalität des politischen Volkes erfaßt und in das Gesamtwirken einbezogen ist. Es kann hier keine private staatsfreie Sphäre mehr bestehen, die der politischen Einheit gegenüber unantastbar und heilig wäre.“. Auszüge zitiert bei Reinhold ZIPPELIUS, *Kleine deutsche Verfassungsgeschichte*, München 1996, S. 137ff.).
- 14 Vgl. Hans-Georg WIECK: *Die Entstehung der CDU und die Wiedergründung des Zentrums im Jahre 1945*, Düsseldorf 1953, S. 97.

rungen abzulehnen. Einzig vom biblisch-theologischen Verständnis her sind Zugänge zur Weltverantwortung und zu sozialen Orientierungen zu gewinnen.

So hat auch Karl Barth, der bedeutendste reformatorische Theologe des 20. Jahrhunderts, die Protestanten davor gewarnt, mit den Katholiken („den Römischen“) zusammen in einer christlichen Partei zu wirken. Seine Kritik galt vor allem der von der katholischen Kirche vertretenen Lehre vom Naturrecht.<sup>15</sup> Für die reformatorische Theologie ist dieses zu wenig von der christlichen Offenbarung her legitimiert und auch nicht eschatologisch – also zu wenig jenseitig – ausgerichtet. Die reformatorischen Theologen bevorzugten ein auf den kirchlichen Binnenraum konzentriertes, die Innerlichkeit und die Gesinnung ansprechendes Bekenntnis zur christlichen Botschaft. Damit aber haben sie eine gewisse Distanz zum pragmatischeren naturrechtlichen Zugang zur Politik gewahrt; doch gibt es auch Protestanten, die dem Naturrecht gegenüber aufgeschlossener sind.<sup>16</sup>

Von Christi Wort und Tat her wird die gesamte christliche Existenz verstanden und gedeutet. Von daher scheint vielen Reformierten der Gebrauch des Christlichen im Parteinaamen als Missbrauch. Das hinderte allerdings reformatorische Theologen nicht, aus Glaubensgründen (status confessionis) z. B. für eine sozialistische Neuordnung oder andere politische Richtungen einzutreten. Entsprechend kritisieren diese auch die Zwei-Reiche-Lehre des deutschen Luthertums und dessen theologische Ordnungslehre, die sich leichter mit dem Demokratiegedanken und dem pluralistisch-säkularen Gemeinwesen verbinden ließ.

Der reformierte Theologe Arthur Rich bemerkt: „Entweder ist das Prädikat ‚christlich‘ gar nicht ernst gemeint und die ‚christliche‘ Partei eine Partei unter anderen Parteien. In diesem Falle wird ein Wort, das auf etwas Letztes zielt, dem Unernst preisgegeben und die von ihm bezeichnete Sache selbst verraten. Oder aber das Prädikat ‚christlich‘ ist tatsächlich ernst genommen und die es in Anspruch nehmende Partei in ihrem eigenen Selbstverständnis von qualitativ ganz anderer Art als die übrigen Parteien. In diesem Falle wird es erst recht gefährlich. Denn die ‚christliche Partei‘ läuft dann Gefahr, einen Letztcharakter anzunehmen. Und das ist ein kleines Unglück, wenn sie klein, ein großes aber, wenn sie groß ist. Denn eine Partei mit Letztcharakter oder auch nur mit einer Tendenz dazu, sei sie nun christlicher oder nichtchristlicher Observanz,

---

15 Vgl. Hans Gerhard FISCHER, *Evangelische Kirche und Demokratie nach 1945. Ein Beitrag zum Problem der politischen Theologie*, Lübeck 1970, S. 78ff.; ferner Michael KLEIN, *Westdeutscher Protestantismus und politische Parteien. Anti-Parteien-Mentalität und parteiprogrammatisches Engagement von 1945 bis 1963*, Tübingen 2005, S. 21ff., S. 61ff., S. 102ff.

16 Zur Naturrechtskontroverse innerhalb der CDU vgl. Rudolf UERTZ, *Christliches Menschenbild und Weltverantwortung. Zur politischen Theorie der Christlichen Demokratie*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 11 (2004), S. 47–77.

wird ein schwieriger Partner in der demokratischen Handhabung staatlicher Macht.“<sup>17</sup>

Richs Formulierungen lassen deutlich erkennen, mit welcher religiös-existentialen Spannung das reformatorische Ethikverständnis ringt. Seine hohen Ansprüche an den Christen fordern eine rigorose Haltung; sie stimulieren damit zugleich eine „reine“ oder „reineren“ Gesinnung, von der her schwer Kompromisse einzugehen sind.

Moderatere theologische Richtungen des Protestantismus und des Katholizismus betonen demgegenüber, dass sich die Christen nicht allein von ihrer Gesinnung her der Politik widmen, sondern angesichts der Widrigkeiten säkularer Ordnung ethische Normen und Handlungsoptionen aus dem christlichen Glauben zu gewinnen suchen. So vertreten viele Lutheraner wie auch die sogenannten Kulturprotestanten eine (christliche) Verantwortungsethik.<sup>18</sup>

Auch im Katholizismus muss man zwischen verschiedenen Richtungen unterscheiden, wobei zunächst der linke Flügel dominierte.<sup>19</sup> Der soziale Flügel der Partei, der vor allem in der Gründungs- und Konsolidierungsphase starken Einfluss auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik ausübte, nicht zuletzt auch deshalb, weil die soziale Frage durch Krieg und Kriegsfolgen besonders virulent war, vertrat in Anlehnung an die katholische Soziallehre der Päpste nach 1945 zunächst einen christlichen Sozialismus.<sup>20</sup> In Abgrenzung vom marxistischen Sozialismus forderten die christlich-sozialen Kräfte in der CDU von den christlich gedeuteten Prinzipien des Gemeinwohls, der Gerechtigkeit und der Solidarität eine Eigentumsneuordnung sowie umfassende sozial- und arbeitspolitische Maßnahmen zur Integration der Arbeiterschaft und der Millionen vom Krieg und den Kriegslasten betroffenen Kriegsversehrten, Flüchtlingen, Kriegerwitwen, Waisenkinder und „Trümmerfrauen“ in die Gesellschaft. Diese Forderungen, die von den geistlichen Beratern der Sozialausschüsse der CDU aus dem Kloster Walberberg bei Köln theoretisch untermauert wurden,

17 Arthur RICH, *Kirche und Demokratie*, S. 174, zitiert nach FISCHER, *Evangelische Kirche* (wie Anm. 15), S. 82.

18 Zum Ethikverständnis des Protestantismus, Katholizismus und der Orthodoxie vgl. Rudolf UERTZ, *Politische Ethik im Christentum*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 6 (2007), S. 31–38.

19 Zu den konservativen Kräften in der Union und ihrem Umfeld vgl. Rudolf UERTZ, *Konservative Kulturkritik in der frühen Bundesrepublik Deutschland. Die Abendländische Akademie in Eichstätt (1952–1956)*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 8 (2001), S. 45–71.

20 Rudolf UERTZ, *Das Ahlener Programm. Die Zonenausschusstagung der CDU der britischen Zone vom 1. bis 3. Februar 1947 und ihre Vorbereitungen*, in: *Die Politische Meinung* 52 (2007) 446, S. 47–52, auch: [http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_9803-544-1-30.pdf?070129101237](http://www.kas.de/wf/doc/kas_9803-544-1-30.pdf?070129101237); DERS.: *Christlicher Sozialismus*, in: *Lexikon der Christlichen Demokratie* (wie Anm. 5), S. 477f.

nahmen Einfluss auf das berühmte „Ahlener Wirtschafts- und Sozialprogramm“ der CDU der britischen Zone vom Februar 1947.<sup>21</sup>

Andere Vertreter des christlichen Sozialismus bzw. eines „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“ wie Walter Dirks und Eugen Kogon in Frankfurt wandten sich schon bald von der CDU ab und meinten, ihre christlich-sozialen bzw. christlich-sozialistischen Vorstellungen besser in der SPD realisieren zu können.<sup>22</sup> Entschieden kritisierten sie vor allem den gesellschaftspolitischen Kurswechsel der Union von der sozialreformerischen Programmatik der Frühzeit hin zur Sozialen Marktwirtschaft seit 1948/49, den sie von ihrem christlichen Sozialverständnis her ablehnten. So bemühten sich Dirks und Kogon, die linkskatholischen Herausgeber der Frankfurter Hefte, den demokratischen Sozialismus von christlich-ethischen Motiven her zu fundieren. Sie gehörten damit zu jenen Intellektuellen in der SPD, die Verbindung zu den Kirchen und zur christlichen Sozialethik hielten.<sup>23</sup>

Konrad Adenauer wandte sich schon im August 1945 entschieden gegen die Verwendung des Begriffs christlicher Sozialismus; der Begriff sei missverständlich und ungeeignet, die Grundsätze und Leitideen eines christlich-demokratischen Politikverständnisses zum Ausdruck zu bringen.<sup>24</sup> Die Unvereinbarkeit von Christentum und Sozialismus im Programm der SPD nahm Adenauer ernst und forderte Konsequenzen im Namen des „C“.

Adenauer hat wesentlich die Programmatik der Union der Frühzeit konturiert. Im „Programm der CDU für die britische Zone“ vom März 1946 hat er darauf hingewirkt, die höchst unterschiedlichen religiös-ethischen Begründungen und politisch-sozialen Zielsetzungen der CDU durch Leitsätze zu ersetzen, in denen Katholiken und Protestanten, liberale, konservative und christlich-soziale Vertreter ihre Grundposition wiederfinden konnten. Das CDU-Programm vom 1. März 1946 enthielt die wichtigsten Grundsätze der Partei für die folgenden Jahrzehnte.<sup>25</sup>

---

21 Vgl. Rudolf UERTZ, *Christentum und Sozialismus in der frühen CDU. Grundlagen und Wirkungen der christlich-sozialen Ideen in der Union 1945–1949*, Stuttgart 1981, S. 97ff.

22 Ähnlich auch der Mitbegründer der CDU in Berlin (1945) und der Deutschen Hochschule für Politik (Wiedergründung 1948), dem späteren Otto-Suhr-Institut an der Freien Universität Berlin, Otto-Heinrich VON DER GABLENTZ, *Zur Problematik christlich-sozialer Parteien*, in: Jürgen FIALKOWSKI (Hg.), *Politologie und Soziologie. Otto Stammer zum 65. Geburtstag*, Köln 1965, S. 203–216. Vgl. Bernd UHL, *Die Idee des christlichen Sozialismus in Deutschland 1945–1947*, Mainz 1975; Franz FOCKE, *Sozialismus aus christlicher Verantwortung. Die Idee eines christlichen Sozialismus in der katholisch-sozialen Bewegung und in der CDU*, Wuppertal 1978.

23 Vgl. Iring FETSCHER (Hg.), *Marxisten und die Sache Jesu*, München 1974.

24 In einem Brief von Konrad Adenauer vom 21.8.1945 an den Münchener Oberbürgermeister Karl Scharnagl heißt es: „Betont fortschrittliche soziale Reform und soziale Arbeit, nicht Sozialismus.“ Zitiert nach Konrad ADENAUER, *Ziele und Wege*, Mainz 1972, S. 77.

25 Vgl. Hans-Peter SCHWARZ, *Adenauer*. Bd. 1: *Der Aufstieg 1876–1952*, Stuttgart 1986, S. 478–518.

Nur eine sittliche und weltanschauliche Erneuerung auf der Basis christlicher Werte, so heißt es dort, gewährleiste in dem neu aufzubauenden politischen Gemeinwesen „Recht, Ordnung und Maß, Würde und Freiheit der Person“ sowie „wahre und echte Demokratie“. Die christliche Konnotation dieser Ordnungsideen rechtfertigt Adenauer mit dem Verweis auf „die hohe Auffassung des Christentums von der Menschenwürde, vom Wert jedes einzelnen Menschen als Grundlage und Richtschnur“ der Rechts-, Wirtschafts-, Gesellschafts- und Kulturpolitik der Union. Hier wird der in der Politik notwendigerweise einzugehende Kompromiss angesichts der konkreten Umstände und Bedingungen nicht als Widerspruch, sondern als Weg verantwortungsbewusster Politik aufgefasst.

Die programmatischen Vorstellungen orientieren sich an der „christlichen Weltanschauung“. Ihr Kern sind „die unveräußerlichen Rechte der Person“. Die christliche Ethik und Anthropologie dienen hier als Grund der staatlichen Verfassung und Rechtsordnung. Die „Macht des Staates“ findet hier eine normative Grenze. Christentum, christliche Ethik und christlich-abendländische bzw. europäische Kultur werden als Synonyme verwandt; sie sind diametral entgegengesetzt den verschiedenen Formen und Richtungen materialistischer Weltanschauung, die die geistig-sittliche Freiheit, Selbstbestimmung und Verantwortung der Person leugnen oder nicht konsequent als Grundlage ihrer Politik-, Rechts-, Kultur- und Gesellschaftsauffassung anerkennen.<sup>26</sup> Dem „mechanistischen“ Weltbild sind somit die christlichen Humanitäts- und Sozialprinzipien diametral entgegengesetzt.

Das sind unverkennbar Positionen, die in Anlehnung an den christlich-abendländisch bzw. -europäischen Humanismus, an den Kulturprotestantismus und den liberalen Katholizismus formuliert sind, ein Argumentationsstil, der – christlich-anthropologisch modifiziert – der Verantwortungsethik zuzurechnen ist.<sup>27</sup> Adenauer hatte schon als Präsident des Deutschen Katholikentages 1922 in München die Verwirklichung gemeinsamer christlicher Ideale in einer von Katholiken und Protestanten getragenen interkonfessionellen Partei gefordert. Die entsprechenden politiktheoretischen und programmatischen Konsequenzen formulierte er als Vorsitzender der CDU der britischen Zone in seinen Reden und Interviews seit 1946. Aus dem christlich-demokratischen

26 Vgl. die *Grundsatzrede des 1. Vorsitzenden der Christlich-Demokratischen Union für die britische Zone in der Aula der Kölner Universität* vom 24. März 1946, in: Konrad ADENAUER, *Reden von 1917–1967. Eine Auswahl*, hg. von Hans-Peter SCHWARZ, Stuttgart 1975, S. 82ff.; auszugsweise auch: <http://www.kas.de/upload/dokumente/reden.pdf>.

27 Vgl. Otto B. ROEGELE, *Adenauer und das Christentum*, in: *Die politische Meinung* 373 (2000), S. 79–88. – Zur Verantwortungsethik vgl. Max WEBER, *Politik als Beruf* (1919), in: *Gesammelte Politische Schriften*, München 1921, S. 396–450. Zu den Wurzeln der christlich-europäischen Wertekanons vgl. Günter BUCHSTAB (Hg), *Die kulturelle Eigenart Europas*, Freiburg i. Br. 2010; der Band enthält Beiträge von Peter KURMANN, Hans MAIER, Günther MASSENKEIL, Helmut MEISSNER, Karl-Heinz OHLIG, Karol SAUERLAND, Walter SCHWEIDLER und Hans-Dieter SPENGLER.

Ideenspektrum werden auch die großen politischen Entscheidungen und Programme der Partei, ihre Position im Parlamentarischen Rat 1948/49 und der Verabschiedung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland, die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft, die Europäische Integration durch Schaffung der Montanunion, die sozialpolitischen Reformgesetze seit den 1950er Jahren, ferner die Westbindung und der deutsche Beitrag im Nordatlantischen Verteidigungsbündnis begründet.<sup>28</sup>

Ein Grundsatzprogramm, in dem vor allem die theoretischen und historischen Grundlagen und die ethisch-kulturellen Grundsätze christlich-demokratischer Politik eingehender beschrieben werden, hielten Adenauer und die CDU-Führung offenbar für inopportun. Umso bedeutender sind aber für die Eruierung der theoretischen Grundlagen und des Verständnisses des „C“ die programmatischen Äußerungen Adenauers. Mit relativ wenigen Sätzen markiert er die Grundposition der Partei, wobei er größte Geschicklichkeit erkennen lässt. Er formuliert das „C“ als Klammer einer keineswegs homogenen Volkspartei und ihrer verschiedenen Flügel. Zugleich fungiert das „C“ aber auch als wichtiges Bindeglied zwischen der Partei und den beiden Kirchen. Doch die Anlehnung an Grundsätzen der christlichen Ethik schließt wiederum nicht aus, dass das „C“ durchaus auch als kulturchristliches Gedankengut verstanden wird. Das Parteiprogramm von 1946 betont, dass der christliche Humanismus, die Idee der Menschenwürde und der auf den Menschenrechten, der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit beruhende liberale Verfassungsstaat selbstredend auch außerchristliche Wurzeln hat, was Adenauer durch Verweis auf den Humanismus und die abendländischen bzw. europäischen Gedanken zum Ausdruck bringt.

Das Programm der CDU der britischen Zone, das Adenauer nach seiner Verabschiedung im März 1946 auch in verschiedenen Programmreden und Rundfunkansprachen vorstellt, charakterisiert die „christliche Weltanschauung“ als eine politisch-theoretische Anschauung, die auch säkular-humanistische Ideen einschließt. Die christliche Demokratieidee greift entsprechend weit über die theologisch-dogmatische und -ethische Dimension der Kirchen hinaus. Zugleich identifiziert Adenauer in seinen Programmreden die christlichen Wertvorstellungen mit der „christlichen Ethik“ und dem „christlichen Naturrecht“,

---

28 Wie weit der parteiübergreifende Konsens des Parlamentarischen Rates 1948/49 bezüglich christlich-anthropologischer sowie rechts- und sozialetischer Grundsätze war, zeigt die spezifische Verankerung der Menschenwürde und des Gottesbezugs in der Präambel des Grundgesetzes der Bundesrepublik; vgl. Rudolf UERTZ, *Christlich-demokratische Wertvorstellungen im Parlamentarischen Rat*, in: Historisch-Politische Mitteilungen 15 (2008), S. 103–123; ferner Klaus TANNER, *Gehört Gott in die Verfassung? Die Präambel des Grundgesetzes im Lichte der europäischen Integration*, in: Evangelische Kommentare 5 (1991), S. 260–264.

durch welche Zentralbegriffe vor allem kirchliche und kirchennahe Christen angesprochen werden.

Es ist unverkennbar, dass die CDU die Orientierung am christlichen Menschenbild auch parteitaktisch versteht: In der Gründungs- und Konsolidierungsphase ist es noch weitgehend selbstverständlich, dass das Christliche als Glaubens- und Lebensvollzug sich überwiegend durch eine mehr oder weniger feste Zugehörigkeit zu den christlichen Kirchen ausweist. Praktisch zeigt sich dies in einer mehr oder weniger engen Verbindung von Parteipolitik und dem Engagement vieler CDU-Politiker in kirchlichen bzw. christlich-sozialen Verbänden und Organisationen: Vergleichbar dem Arbeiter- und Gewerkschaftsmilieu bei der Sozialdemokratie fungieren die katholischen Verbände und Vereine als vopolitischer Raum der Union. Katholische und evangelische Arbeitervereinigungen wie die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) und die Evangelische Arbeitnehmerbewegung (EAB), Kolping, Christliches Werkvolk, Christliche Arbeiterjugend, die konfessionellen Unternehmer-, Angestelltenvereine, Akademikervereine und Studentenverbindungen bilden das klassische Wählerpotential der Unionsparteien.<sup>29</sup> Zugleich dienten sie in beträchtlichem Maße als Reservoir für den Parteienachwuchs. Meist waren es Geistliche und Führungskräfte der christlichen Laienorganisationen, die den Verbände- und damit zugleich auch häufig den Parteienachwuchs schulen. Im Wesentlichen orientierten sich die Lehreinheiten der Schulungskurse an der katholischen Soziallehre und der evangelischen Sozialethik.

Erst Mitte der 1950er Jahre setzen in der CDU Initiativen ein, die politische Bildungsarbeit und Nachwuchsschulung der Partei in einer eigenen Bildungseinrichtung durchführen. Wie sehr die Staats- und Sozialethik der katholischen und evangelischen Kirche auch in staatsbürgerlichen Bildungseinrichtungen wie der Politischen Akademie Eichholz der Konrad-Adenauer-Stiftung noch weitgehend selbstverständlich als politische Theorie der Christlichen Demokratie fungieren, zeigen die Schulungsmaterialien: Die Kapitel „Staat und Politik“, die über die „Politik aus christlicher Verantwortung“ informieren, werden zweigeteilt und werden jeweils aus dem Blickwinkel der katholischen Soziallehre und evangelischer Sozialethik beleuchtet.<sup>30</sup>

29 Zum Wandel der Katholischen Arbeitnehmerbewegung (KAB), ihrem Verhältnis zur Katholischen Kirche, den Sozialausschüssen, dem DGB und der Christlichen Gewerkschaftsbewegung vgl. Joachim ZIMMERMANN, *Die Christlich-Sozialen und die Einheitsgewerkschaft – am Beispiel der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB)*, in: Hanns Jürgen KÜSTERS/Rudolf UERTZ (Hg.), *Christlich-Soziale im DGB. Historische und aktuelle Fragen*, Sankt Augustin 2010, S. 39–51.

30 Vgl. Peter HEYDE, *Staat und Politik in evangelischer Sicht*, und Gerhard SCHREEB, *Staat und Politik in katholischer Sicht*, in: *Politische Bewegungen in Deutschland. Entwicklungen, Aufbau, Ziele*, hg. von der Politischen Akademie Eichholz der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bonn 1967, S. 51–81 und S. 83–116; vgl. dagegen Rüdiger ALTMANN, *Christliche Demokratie*, in: DERS./Johannes GROSS, *Die neue Gesellschaft. Bemerkungen zum*

## 2. Das „C“ in der politischen Kontroverse

Die CDU sah sich aufgrund der christlich-religiösen Konnotation ihrer Programmatik in der politischen Agitation, der Publizistik und Wissenschaft vielfältiger Kritik ausgesetzt. Einer der prononciertesten Kritiker des Christlichen in der politischen Programmatik war der Politologe und Verwaltungswissenschaftler Thomas Ellwein. In den „weltanschaulichen Streitigkeiten und konfessionellen Ansprüchen“ der Unionsparteien sah er eine Belastung für den „allmähliche(n) Aufbau einer neuen demokratischen Ordnung“.<sup>31</sup> Dabei kritisierte er vor allem die Art und Weise, wie das „Christliche“ in der Politik von den beiden Kirchen instrumentalisiert und für ihre Interessen nutzbar gemacht werde; er sah darin eine Gefahr für das „Klima der Freiheit“. Seine Kritik bezog sich überwiegend auf die Katholische Kirche und ihr Verhältnis zu den Unionsparteien.

Was Ellwein, der aus einem protestantischen Pfarrhaus im fränkischen Hof stammte, besonders herausstellte, war der „Machtwille“ des Klerus, „direkt oder über die Gläubigen politischen Einfluss auszuüben“. Als prominenteste Beispiele nannte er die Fälle aktiver Wahlpropaganda durch die Kirche in Form von Hirtenbriefen und kirchlichen Verlautbarungen im Rahmen des Gottesdienstes, der Gemeindefarbeit und des Religionsunterrichts, ferner in der kirchlichen und kirchennahen Presse. „Durch das Entstehen der ‚christlichen‘ Partei und der häufig naiven Gleichsetzung von CDU/CSU und Kirchen oder einer Kirche, durch die teilweise enge Verbindung beider und ihre mannigfache gemeinsame Repräsentanz ergeben sich unzählige Möglichkeiten, im Sinne des politischen Klerikalismus Einzelentscheidungen des Staates zu beeinflussen.“ Diese Entscheidungen beträfen vor allem den Kultur- und Schulbereich, insbesondere die damals weitverbreitete konfessionelle Volksschule und Lehrerbildung.

Wesentlich gefährlicher als der Protestantismus sei diesbezüglich jedoch die katholische Kirche mit ihrem ausgeklügelten moraltheologisch-naturrechtlichen System, wobei der Politologe ein Bild zeichnete, das eine beträchtliche Abhängigkeit der Union von den Kirchen unterstellte. Diese würden im Gegenzug von der Wahlunterstützung der CDU profitieren. Als Belege für seine Thesen zitierte Ellwein Enzykliken Papst Pius' XII., die die unbedingten Gehorsamsforderungen der Katholiken gegenüber den kirchlichen Weisungen und bischöflichen Verlautbarungen zum Inhalt haben – Grundsätze, die in der Tat in einem starken Kontrast stehen zu den ethischen Grundanschauungen der

---

*Zeitbewusstsein*, Stuttgart 1958. Rüdiger Altmann (1922–2000) war der erste Studienleiter der 1956 gegründeten Politischen Akademie Eichholz, deren Trägerverein seit 1964 die Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. ist.

31 Theodor ELLWEIN, *Klerikalismus in der deutschen Politik*, München 1955, S. 7.

Freiheit, des Selbststandes als Person und der Verantwortung des Politikers und Bürgers im säkularen politischen Gemeinwesen.

Bemerkenswert ist die Reaktion des seinerzeitigen Bundesgeschäftsführers der CDU, Bruno Heck, im Jahre 1955. Er gab zu Protokoll: Ellweins Aufzählung der „Sünden“ auf katholischer Seite sei zutreffend, aber einseitig.<sup>32</sup> Der Politologe Ellwein hätte also auch prominente Beispiele kirchlicher Wahlhilfen zugunsten der Sozialdemokratie seitens protestantischer Theologen anführen können. Zweifellos hat der Umstand, dass das Christliche vor allem eine Domäne der Kirchen, mithin eine konfessionell-kirchlich interpretierten Normativität darstellte, besonders in der Publizistik und in Teilen der Sozial- und Politikwissenschaft Widerhall gefunden. Die Moralauffassung der katholischen Kirche war, wie Ellwein zutreffend bemerkt hat, sehr dazu angetan, bei den Katholiken eine CDU-freundliche Haltung zu begünstigen. Die Werbung zugunsten des „C“ im kirchlichen Raum geschah aber etwas subtiler, als es in der Publizistik meist verkürzt dargestellt wurde. Die Pfarrer forderten an den Wahlsonntagen ja die Christen in der Predigt in der Regel nicht einfach auf nach dem Motto „Wählt, christlich“. Vielmehr stand die sozialetische Naturrechtslehre des Katholizismus seinerzeit in einer gewissen Korrelation zu Naturrechtspostulaten der CDU-Programmatik.<sup>33</sup> So hieß es etwa in bischöflichen Hirtenbriefen: „Der verantwortungsbewußte Christ gibt seine Stimme nur solchen Kandidaten, deren Programmforderungen mit denen der christlichen Naturrechtslehre der Kirche vereinbar sind.“ In diesem Sinne hatten auch die katholischen Sozialethiker das Verhältnis zwischen CDU-Programmatik und katholischer Soziallehre charakterisiert, wobei es diesen als selbstverständlich erschien, dass die Unionsparteien die naturrechtlichen Normen nicht in vollem Umfang in ihre Programmatik übernehmen könnten.<sup>34</sup>

Es ist beachtlich, dass erst in den 1960er Jahren Untersuchungen einsetzen, die – nunmehr im Rahmen von Politikwissenschaft, Soziologie, Sozialphilosophie und Geschichtswissenschaft – die besondere Gemengelage von christlich-profanen und religiös-politischen Ideen im politischen Gemeinwesen zum Inhalt haben.<sup>35</sup> Bis dahin waren die Themen Christliche Demokratie, christ-

32 Bruno Heck im Bundesvorstand der CDU am 10. November 1955, in: Günter BUCHSTAB (Bearb.), *Adenauer: „Wir haben wirklich etwas geschaffen“*. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1953–1957, Düsseldorf 1990, S. 708.

33 Vgl. Rudolf UERTZ, *Vom Gottesrecht zum Menschenrecht. Das katholische Staatsdenken von der Französischen Revolution bis zum II. Vatikanischen Konzil (1789–1965)*, Paderborn 2005, S. 272ff.

34 Vgl. Joseph HÖFFNER, *Kirche und Partei* (Erstdruck 1947), in: Heribert RAAB (Hg.), *Kirche und Staat. Von der Mitte des 15. Jahrhunderts bis zur Gegenwart*, München 1966, S. 321f.; Oswald VON NELL-BREUNING, *Zur Programmatik christlicher Parteien*, Köln 1946.

35 Vgl. Hans MAIER, *Schriften zu Kirche und Gesellschaft*, 3 Bde., Freiburg i. Br. 1983–1985; Alexander SCHWAN, *Christliche Wertorientierung und pluralistische Gesellschaft*,

lich-soziale Bewegung und die sozialetische Orientierung der Programmatik der CDU und ihrer Sozialausschüsse weitgehend von den Theologen und Sozialethikern der katholischen und evangelischen Kirche behandelt worden. Spätestens seit den frühen 1960er Jahren aber sollten diese bis dahin ganz engen und weitgehend selbstverständlichen Beziehungen zwischen den Kirchen, den Unionsparteien sowie den christlichen Sozialverbänden und der christlichen Sozialethik einer kritischeren Sichtweise weichen.

In diesem Zeitraum erfährt das Bild von den Kirchen und der Rolle der Religion als politischem Faktor beträchtliche Veränderungen. Diese Umstände werfen vom heutigen Standpunkt denn auch ein milderes Licht auf die Kritik von Thomas Ellwein vor allem an der katholischen Kirche, ihrer Morallehre und der von ihr geleisteten Begünstigung der Unionsparteien. Denn in der Tat sollte vor allem das Zweite Vatikanische Konzil (1962–1965) mit seinen Dekreten zum Verhältnis von Christ und Politik dem bis dahin vorherrschenden integralistischen theologisch-kirchlichen Anspruch im öffentlichen Leben ein Ende bereiten und die Eigenverantwortung der Katholiken in politisch-gesellschaftlichen Belangen hervorheben.

Fasst man das Verhältnis von Religion und Politik, Christentum und CDU in der Bundesrepublik der 1950er und frühen 1960er Jahre zusammen, so kann man sagen: Religion und Christentum sind – viel stärker, als dies in der Gegenwart der Fall ist – in einem hohen Maße Angelegenheit der Kirchen bzw. kirchlich orientierter Christlichkeit. Das „C“ im Parteinamen und in der Programmatik der CDU zeigt allerdings auch deutliche kulturchristliche Züge und damit eine theoretisch-programmatische Ausrichtung, so dass die Wertgrundlagen und sozialetischen Grundsätze christlich-demokratischer Politik und Programmatik auch von nichtchristlichen und nicht dezidiert christlich orientierten Politikern und Bürgern goutiert werden können. Andererseits ist das Christliche, besonders im Katholizismus, in bestimmtem Umfang noch von kirchlich-moraltheologischer Deutungshoheit überlagert – ein Umstand, der auch im Verhältnis von Kirchen und Unionsparteien seinen Niederschlag gefunden hat.<sup>36</sup>

---

in: Kirche und Gesellschaft 135 (1986), S. 3ff.; Bernhard SUTOR, *Kirche und Demokratie*, in: Die Neue Ordnung 19 (1965), S. 47ff.

36 Zur moraltheologischen Haltung der Kirche in politischen Angelegenheiten (heteronome Moral, Gehorsamsethik) vgl. Rudolf UERTZ, *CDU und CVP im Kampf um das Saarstatut 1955*, in: Jörg HENTZSCHEL-FRÖHLINGS/Guido HITZE/Florian SPEER (Hg.), *Gesellschaft – Region – Politik. Festschrift für Hermann de Buhr, Heinrich Küppers und Volkmar Wittmütz*, Norderstadt 2006, S. 415–440.

### 3. Die „C“-Diskussion innerhalb der CDU und der Paradigmenwechsel in der christlichen Sozialethik

Die Um- und Neuorientierung der CDU und ihrer Programmatik seit der zweiten Hälfte der 1960er Jahre ist kein isolierter Vorgang.<sup>37</sup> Vielmehr vollziehen sich diese Entwicklungen im Kontext eines umfangreichen Gesellschafts- und Wertewandels.<sup>38</sup> Gemeinhin wird als markantes Datum das Jahr 1968 genannt, das als Ausdruck der tiefgreifenden Veränderungen der Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik gilt. Doch liegen die Ursachen und Beweggründe für die Veränderungen der späten 1960er Jahre wesentlich tiefer und früher. Im Hinblick der CDU und ihr Verhältnis zum Christentum und zu den Kirchen lässt sich der Zeitpunkt, von dem an es zu markanten Umbrüchen kam, ziemlich genau bestimmen.

Die seinerzeitige Milieuverhaftetheit des Katholizismus hatte zur Folge, dass die SPD nur wenige Stimmen von Katholiken auf sich zu ziehen vermochte. Nachdem die Sozialdemokraten 1957 bei der Wahl zum 3. Deutschen Bundestag um rund 18 Prozentpunkte und rund hundert Mandate hinter den Unionsparteien zurücklagen, wurde ein umfassender Reformkurs angestrengt, der 1959 im Godesberger Programm seinen Niederschlag fand. Mit diesem Programm sagte sich die SPD vom historischen und dialektischen Materialismus und ihrer sozialistischen Wirtschaftsprogrammatik los und schwenkte auf den sozial-marktwirtschaftlichen Kurs um. Um künftig stärker in das mittlere, bürgerlich-demokratische Parteienspektrum eindringen zu können, musste die SPD ihr Verhältnis zu den Kirchen und zum Christentum verbessern. In der Vorbereitungsphase ihres Reformprogramms fand im Januar 1958 in der Katholischen Akademie in München eine Tagung statt, an der führende Vertreter der SPD wie Carlo Schmid, Adolf Arndt und Gerhard Weisser und von Seiten der katholischen Kirche die prominenten Sozialethiker Oswald von Nell-Breuning von der Jesuitenhochschule Sankt Georgen in Frankfurt am Main sowie Gustav Gundlach, Professor an der Päpstlichen Universität Gregoriana und Sozialberater Papst Pius' XII., teilnahmen.<sup>39</sup>

37 Vgl. Karl-Heinz OHLIG/Martin HONECKER, *Christlicher Glaube, Religion und moderne Gesellschaft*, Alfter-Oedekoven 1988.

38 Vgl. Rudolf UERTZ, *Von den Gründungsaufrufen 1945 zu den Grundsatzprogrammen 1978 und 1994*, in: Günter BUCHSTAB (Hg.), *Brücke in eine neue Zeit. 60 Jahre CDU*, Freiburg i. Br. 2006, S. 94–138; vgl. zur „C“-Diskussion auch Dorothee BUCHHAAS, *Die Volkspartei. Programmatische Entwicklung der CDU 1950–1973*, Düsseldorf 1981, S. 205ff., S. 298ff., die allerdings die Entwicklung des Grundsatzprogramms der CDU von 1978 nicht mehr berücksichtigt; Wulf SCHÖNBOHM (Bearb.), *Die Geschichte der CDU. Programm und Politik seit 1945*, Bonn 1985.

39 Vgl. Karl FORSTER (Hg.), *Christentum und demokratischer Sozialismus*, München 1958; vgl. auch Oswald VON NELL-BREUNING: *Christsein in der interessenpluralistischen Gesellschaft*, in: GEMPER (wie Anm. 7), S. 3ff.; Hans-Jochen VOGEL, *Sozialdemokratie und*

Die Gespräche der katholischen Theologen und Sozialethiker mit den Vertretern der Sozialdemokratie riefen im CDU-Vorstand höchste Nervosität hervor. Konrad Adenauer kritisierte auf der Bundesvorstandssitzung in Bonn<sup>40</sup> nur wenige Tage nach dem Münchener Symposium – unterstützt von Friedrich Zimmermann, dem Generalsekretär der CSU, der aus München als Berichterstatter angereist war – entschieden den Veranstalter der Akademietagung, den Münchener Prälaten Karl Forster. Der Kanzler beschwerte sich in persönlichen Schreiben an den Münchener Kardinal Wendel und sogar an Papst Pius XII. über die geistlichen Initiatoren der Gespräche. Für Adenauer dienten diese lediglich dazu, die SPD „hoffähig“ zu machen. Auch der evangelische Theologe und Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier sah in der Tagung Alarmzeichen für die Union gekommen.<sup>41</sup> Denn die Münchener Akademiegespräche ließen es nicht mehr als unwahrscheinlich erscheinen, dass bei fortgesetzten verbesserten Beziehungen zwischen Kirche und SPD künftig die Sozialdemokratie bei Wahlen ins katholische und evangelische Lager eindringen würde. Bis dahin hatten die Katholiken zu rund zwei Drittel bei Bundes- und Landtagswahlen der CDU und CSU ihre Stimme gegeben, bei den Protestanten war es bis Anfang der 1960er Jahre etwa ein Drittel.

Gerstenmaier betonte jedoch entschieden gegenüber Adenauer, dass es der CDU nicht anstünde, die Kirchen für ihre Gespräche mit Sozialdemokraten zu kritisieren. Das gehe „zu weit“; vielmehr gebiete es „der Respekt vor den Kirchen aller Konfessionen“, dass wir ihre Motive „anerkennen müssen“.<sup>42</sup>

Tatsächlich bildete die Münchener Akademietagung den Auftakt zu einer Reihe weiterer Gespräche zwischen SPD und Kirchenvertretern, insbesondere zwischen Oswald von Nell-Breuning und den Mitgliedern der Programmkommission der SPD zur Vorbereitung des Godesberger Grundsatzprogramms der SPD von 1959. Die SPD unternahm in jener Zeit beträchtliche Anstrengungen, um sich dem christlich-ethischen Sozial- und Politikverständnis anzunähern.<sup>43</sup> Im Godesberger Programm fanden diese Bemühungen ihren Niederschlag. So heißt es in der Präambel: Der demokratische Sozialismus ist in Europa verwurzelt „in der christlichen Ethik, im Humanismus und in der klassischen Philosophie“. Zugleich wird der „Gleichgültigkeit gegenüber den Weltanschauungen oder religiösen Wahrheiten“ eine Absage erteilt und der Achtung vor den Glau-

---

*Katholische Soziallehre. Die Entwicklung und der gegenwärtige Zustand ihres Verhältnisses.* Typoskript der Referate der Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Katholischen Akademie in Münster vom 5.10.1991. Vgl. auch: „SPD. Hunde und Wölfe“, in: „Der Spiegel“ 14 (1964), S. 25f.

40 Günter BUCHSTAB (Bearb.), *Adenauer: „... um den Frieden zu gewinnen.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1957–1961*, Düsseldorf 1994, S. 73ff.

41 EBD.

42 EBD. S. 83f.

43 Vgl. Rudolf UERTZ, *Annäherungen: Christliche Sozialethik und SPD*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 13 (2006), S. 93–120.

bensentscheidungen des Menschen – auch in politischen Angelegenheiten – Respekt gezollt. Der Jesuit Oswald von Nell-Breuning, der Berater von SPD-Politikern und DGB-Gewerkschaftern war, konstatiert, dass er im gesellschaftspolitischen Teil des Godesberger Programms ein „kurzgefaßtes Repetitorium der katholischen Soziallehre“ erkenne.<sup>44</sup>

Nell-Breuning hatte wesentlich dazu beigetragen, dass das Eis zwischen Sozialdemokratie, DGB-Gewerkschaften und der christlichen Sozialethik sowie den christlichen Sozialverbänden schmolz, so dass der demokratische Sozialismus vor allem nach der Verabschiedung des Godesberger Programms in kirchlichen Kreisen das Stigma verlor, dass der Sozialismus per se atheistisch oder agnostisch orientiert und damit für Christen bzw. Katholiken nicht wählbar sei.

Nicht minder begünstigt aber wurden die Annäherungen von SPD-Programmatik und katholischer Sozialethik durch die kirchenamtliche Lehre. Die neuscholastische Naturrechtslehre der Katholischen Kirche, die den Argumentationsstil der päpstlichen Sozialenzykliken seit 1891 wie auch die sozialetischen Lehrbücher und Schulungsmaterialien der katholischen Verbände und Vereine so sehr geprägt hatte, fand mit dem Tod Papst Pius' XII. (1939–1958) ein abruptes Ende. Dessen Nachfolger, Papst Johannes XXIII. (1958–1963), leitete in seiner Soziallehre und den Dokumenten des von ihm einberufenen II. Vatikanischen Konzils eine neue Ära der katholischen Sozialethik ein. Hatte die katholische Soziallehre bis dahin von der Ebene allgemeiner Sozialprinzipien wie der Solidarität, des Gemeinwohls, der Subsidiarität und der Gerechtigkeit her argumentiert, so setzte die Sozialethik seit Johannes XXIII. wesentlich neue Akzente, indem sie die personale Ethik und damit die individuelle Verantwortung des Einzelnen ins Zentrum stellte und die von der Gesellschaft ausgehende soziale und politische Dynamik hervorhob. Naturrechtliche Begründungen wurden zwar nicht in Gänze aufgegeben; betont aber wurden nunmehr stärker die theologische Motivation und die Fundierung des Engagements des Christen im säkularen Bereich.

Auf diese Weise wurde nicht nur eine beträchtliche Annäherung der katholischen Soziallehre an die die evangelische Sozialethik prägende Verantwortungsethik bewirkt; zugleich sollte die neue sozialetische Argumentationsweise der katholischen Kirche die Annäherung der SPD und ihrer Programmatik an die katholische Sozialethik intensivieren. Damit fielen zwangsläufig auch wesentliche Voraussetzungen für kirchlich orientierte Katholiken, von den (neuen) katholischen Moralvorstellungen her den (gewan-

44 Oswald von NELL-BREUNING, *Wie sozial ist die Kirche? Leistung und Versagen der katholischen Soziallehre*, Düsseldorf 1972, S. 90. Vgl. auch Rudolf UERTZ, *Gerechtigkeit und Freiheit. O. von Nell-Breuning als politischer Denker*, in: Karl GRAF BALLESTREM u. a. (Hg.), *Sozialethik und politische Bildung. Festschrift für Bernhard Sutor zum 65. Geburtstag*, Paderborn 1995, S. 139–159.

delten) demokratischen Sozialismus abzulehnen und die SPD nicht für wählbar zu halten.<sup>45</sup>

#### 4. Das „C“ in der Grundsatzprogrammatik der CDU

Angesichts der veränderten gesellschaftlichen, politischen und parteipolitischen Konstellationen – die CDU geführte Bundesregierung war im Herbst 1969 nach zwanzig Jahren durch die sozial-liberale Koalition von SPD und FDP abgelöst worden – folgte der 22. Bundesparteitag der CDU in Hamburg im November 1973 der Empfehlung des Bundesvorstands unter der neuen Führung von Helmut Kohl für eine politische und programmatische Reform der Partei und beschloss die Ausarbeitung eines Grundsatzprogramms. Vorsitzender der Programmkommission wurde Richard von Weizsäcker.<sup>46</sup>

Hinsichtlich der Frage, ob es denn eines umfänglichen Grundsatzprogramms überhaupt bedürfe oder ob nicht wie bisher die Formulierung von Leitsätzen und Aktionsprogrammen genüge, da man doch aus einem bestimmten sozial-ethischen Fundus heraus Politik betreibe, gab von Weizsäcker zu bedenken: Der Kern der CDU-Programmatik, wonach die Politik der CDU auf dem christlich geprägten Bild des Menschen beruht, bleibe selbstredend gültig. „Aber Grundsätze sind kein selbsttätiger Besitz; sie werfen eben nicht automatisch politische Zinsen ab, von denen sich gut leben läßt. Vielmehr sind sie nur dann lebendig, wenn wir sie uns in der ganzen Partei immer von neuem zeigen machen. Denn wir stehen ja vor immer neuen Herausforderungen der Technik und Wissenschaft, der wirtschaftlichen Dynamik und der sozialen Entwicklung. Unter diesem Einfluß wandeln sich unsere Lebensbedingungen ständig. Auf diesen Wandel dürfen wir nicht nur reagieren, wir müssen ihn politisch gestalten, und dazu bedürfen wir des Antriebs und der Leitlinien verbindlicher Grundsätze.“ Dies aber habe das Berliner Programm von 1968, das nur ein Aktionsprogramm gewesen sei, nicht leisten können. Die christlichen

---

45 Aus der Vielzahl von Literatur vgl. *Der Katholik und die SPD*, hg. vom Vorstand der SPD, Bonn 1959; *Katholik und Godesberger Programm. Zur Situation nach Mater et Magistra*, hg. vom Vorstand der SPD, Bonn 1962, 2. erw. Aufl., Bonn 1965, mit dem Untertitel *Zur Situation nach den Enzykliken von Johannes XXIII. und Paul VI.*; Willi KREITERLING, *Kirche, Katholizismus, Sozialdemokratie. Von der Gegnerschaft zur Partnerschaft*, Bonn-Bad Godesberg 1969; Rainer BARZEL, *Mater et Magistra und praktische Politik. Ein Diskussionsbeitrag aus dem politischen Alltag*, Osnabrück 1962; Oswald VON NELL-BREUNING, *Mater et Magistra*, in: *Stimmen der Zeit* 169 (1961), S. 116–128; Herbert REICHEL, *Mater et Magistra kein SPD-Alibi. Zur neuen SPD-Schrift*, in: *Gesellschaftspolitische Kommentare* 9 (1962), S. 141–167; „SPD: Hunde und Wölfe“, in: *„Der Spiegel“* 14 (1961), S. 25f.; zum Ganzen vgl. Rudolf UERTZ, *Annäherungen* (wie Anm. 43).

46 Vgl. Richard VON WEIZSÄCKER (Hg.), *CDU Grundsatzdiskussion. Beiträge aus Wissenschaft und Politik*, Bonn 1977.

Grundsätze und Leitideen der Christlichen Demokratie sollten daher erstmals in einem Grundsatzprogramm festgehalten werden.<sup>47</sup>

Für Kurt Biedenkopf, den neuen Generalsekretär der CDU, und die Grundsatzprogrammkommission galt es, ein beträchtliches Manko christlich-demokratischer Programmatik zu beheben.<sup>48</sup> Dass die CDU 1945 auf der Basis christlicher Weltanschauung, christlicher Ethik und Kultur gegründet worden war, war in der Gründungs- und Konsolidierungsphase ein selbstverständlicher Umstand, der keiner tieferen Begründungen und umfanglicheren Erklärungen bedurfte. Die sittlichen und religiösen Fragen waren Gegenstand des Religionsunterrichts, der Katechese und der Morallehre der beiden Kirchen. Auch wenn die CDU keine kirchliche Partei war, so stützte sie sich doch in hohem Maße auf eine Wählerschaft und auf Parteimitglieder aus kirchlich sozialisiertem Milieu. Andererseits besaß die Union gerade aufgrund ihrer Herkunft trotz politischer Erfahrung keinen hinreichenden politiktheoretischen Fundus. Dass man stattdessen die Sozialethik der Kirchen heranzog, wurde vom politischen Gegner wie auch in der Publizistik mit dem Vorwurf des Klerikalismus quittiert.<sup>49</sup>

Die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Veränderungen, nicht zuletzt die zunehmende Säkularisierung sowie der Umstand, dass die CDU als Volkspartei selbstverständlich auch kirchlich ungebundene Bürger ansprechen wollte, bedeuteten keineswegs eine Abwendung von den christlich-anthropologischen Normen. Aber geändert hatten sich das Verständnis und der Interpretationsrahmen von Grundwerten, sittlichen Normen und Leitideen angesichts politischen, sozialen, technischen und kulturellen Wandels. Anders formuliert: Die Grundsatzkommission musste eine eigenständige politiktheoretische Basis schaffen, die die ethische und wertmäßige Verankerung im Christentum auswies, zugleich aber auch den säkularen und ideenpolitischen Kontext christlich-demokratischer Politik neu formulierte.

47 Zur Neuformulierung der Programmatik der CDU im Berliner Programm 1968 vgl. UERTZ (wie Anm. 38).

48 Kurt Biedenkopf (1973–1977) folgte als Generalsekretär der CDU Heiner Geißler (1977–1989). Geißler gehörte 1974 bis 1976 der Grundsatzprogrammkommission an; 1977/78 gehörte er mit Norbert Blüm, Christian Schwarz-Schilling, Gerhard Stoltenberg und Richard von Weizsäcker der Redaktionskommission des Bundesvorstands an, deren Leitung er inne hatte. Vgl. Heiner GEIBLER (Hg.), *Grundwerte in der Politik. Analysen und Beiträge zum Grundsatzprogramm der CDU*, Frankfurt/M. 1979. Besonderen Einfluss auf die Programmatik der CDU übte Geißler durch sein Konzept „Die Neue Soziale Frage“ aus, das auch in der politischen Bildungsarbeit breite Resonanz fand. Vgl. Heiner GEIBLER, *Die Neue Soziale Frage. Analysen und Dokumente*, Freiburg i. Br. 1975; Manfred GROSER/Wolfgang W. VEIDERS, *Die Neue Soziale Frage – Theoretische programmatische und ordnungspolitische Grundlagen*, Melle 1979.

49 Gerhard KRAIKER, *Politischer Katholizismus in der BRD. Eine ideologiekritische Analyse*, Stuttgart 1972, vertritt gar die Ansicht, dass die Evangelischen in der CDU den Katholiken und ihren spezifisch naturrechtlichen Positionen gefolgt seien.

Kurt Biedenkopf schilderte diese Aufgabe wie folgt: Man halte an den Grundwerten, die für uns christlich begründet sind, „nicht aus dogmatischen Gründen, sondern um des Menschen willen fest .... Diese Grundwerte müssen deshalb in der Politik, in allen Bereichen und immer wieder neu eingelöst, konkretisiert werden. Notwendig ist beides: Klarheit *und* Elastizität der Grundwerte. Nur eine Partei, die ihre Grundwerte fest verankert weiß, kann sie flexibel anwenden, ohne sie opportunistisch zu verraten. Unsere Politik muß sich an unseren Grundwerten bewähren und notfalls von ihnen her kritisieren lassen. Diese Grundwerte bergen somit ein kritisches, auf Veränderung drängendes Potential. In ihren Konsequenzen sind sie nachvollziehbar, einsichtig und bedeutsam auch für jene, die nicht an ihre christliche Begründung zu glauben vermögen. Denn sie führen nicht zu einer ‚christlichen‘ Politik, einer ‚christlichen‘ Partei oder einer ‚christlichen‘ Demokratie, sondern zu einem bestimmten politischen Stil und zu kritischen Maßstäben für eine Politik, die jeweils an ihren Früchten, nämlich an ihren Konsequenzen für den Menschen zu erkennen und zu messen sein wird.“<sup>50</sup>

Die Mitglieder der Programmkommission, insbesondere Richard von Weizsäcker als Vorsitzender, Kurt Biedenkopf und Heiner Geißler, haben in einer Vielzahl von Vorträgen, Diskussionsrunden und Symposien in Akademien, Universitäten, Bildungswerken und Parteiveranstaltungen die CDU-Programmatik erläutert und für die neuen Leitlinien geworben. Den Auftakt einer Vortragsreihe, die ihn vor allem in kirchliche und politische Akademien führte, machte Kurt Biedenkopf mit einem Referat vor der Katholischen Akademie in München im Dezember 1973. Die Darlegung der Grundlagen und Ziele der Christlichen Demokratie erfolgte im Kontrast zu den gesellschaftsprogrammatischen Vorstellungen der SPD. Die Sozialdemokraten, so Biedenkopf, verfügten erst über geringe Erfahrungen als Volkspartei und könnten daher „die Integration unterschiedlicher Gruppierungen und Interessen zu einer regierungsfähigen Mehrheit“ erst seit kurzem leisten.

„Aufgabe der Oppositionszeit der CDU ist es, die programmatische Aussage erneut zu formulieren und zu präzisieren. Der Rückgriff auf die programmatischen Aussagen der Jahre 1947 und 1949 ist dafür aus offensichtlichen Gründen nicht ausreichend. Die Bedingungen unserer Gesellschaft haben sich grundlegend geändert. Dies gilt vor allem für den Bereich der Wirtschaft. Aber auch eine Fortschreibung der Grundsatzaussagen der Nachkriegszeit vor dem Hintergrund der neu entbrannten Wertdiskussion ist unerlässlich. Doch die Grundwerte, die unsere Politik bestimmen, sind sowohl im Ahlener wie im

---

50 Kurt H. BIEDENKOPF, *Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität: Die Grundlagen christlich-demokratischer Politik*, in: *Demokratische Gesellschaft. Konsens und Konflikt* (Geschichte und Staat 192/193), Erster Teil, hg. von der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen, München 1975, S. 15ff.

Düsseldorfer Programm in einer für den Charakter der CDU prägenden Weise enthalten.“<sup>51</sup>

Die christliche Sozialethik und den ordnungspolitischen Liberalismus sieht Biedenkopf als die beiden wichtigsten Grundströmungen der CDU. Im Ahlener Programm (1947) und in den Düsseldorfer Leitsätzen (1949), dem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft, seien diese Gegensätze augenscheinlich geworden. Diese Grundsatzklärungen stünden in wichtigen Fragen in einem Widerspruch zueinander, der in der Programmatik seit 1949 zwar nicht gelöst worden sei, jedoch für die weitere programmatische Entwicklung der Union wichtige Antriebskräfte geliefert habe. Christliche Ethik und ordnungspolitischer Liberalismus mussten also in eine neue Synthese gefügt werden.

Die offene und kritische Art der Grundsatzprogrammdiskussion mit ihrer Mischung aus politiktheoretischer Reflexion, ideengeschichtlichen Bezügen und politisch-strategischem Kalkül stieß in der Öffentlichkeit auf äußerst positive Resonanz. Die CDU-Programmatik und ihre theoretische Fundierung waren mit einem Mal wieder in den Print- und Bildmedien präsent. Plausibel erschienen den Medienberichterstatern nicht zuletzt auch die Kriterien und die Unterscheidungsmerkmale bezüglich des Grundwerteverständnisses von CDU und SPD. Aufmerksam registrierte man, dass in den Äußerungen des Generalsekretärs und des Vorsitzenden der Grundwertekommission die Begriffe „christliches Gedankengut“, „christliches Menschenbild“, „Verantwortung des Christen“ in einem neuen Kontext erschienen.<sup>52</sup>

Die Programmarbeit der CDU überraschte denn auch die SPD. Der Referent für Kirchenfragen beim SPD-Parteivorstand, Rüdiger Reitz, wies im SPD-Pressedienst vom 27. März 1974 auf die neuen Entwicklungen beim parteipolitischen Kontrahenten hin. Die Art und Weise, wie die CDU in jüngster Zeit das „Thema ‚Grundwerte‘ und das ‚C‘ in der Politik“ traktiere, müsse die SPD beunruhigen. Als „Kopf der neuen Unions-Ideologie“ machte Reitz Kurt Biedenkopf aus. Der sozialdemokratische Kirchenreferent war alarmiert, dass das „Christliche“, das sich in der CDU bisher auf das Christlich-Soziale konzentrierte, nun vor allem liberal interpretiert werde. „Dazu bietet sich christliches Gedankengut an, das, ordoliberal gedeutet, weder in den Fehler des Faschismus noch des biedereren politischen Patriarchats verfällt.“<sup>53</sup> In der Tat wurde damit treffend das Novum der CDU-Programmatik markiert: Wohl war diese schon im Programm und in den Programmreden Konrad Adenauers personalistisch und kulturchristlich verstanden worden, aber in der theoriefreundigen

51 Kurt BIEDENKOPF, *Die Politik der Unionsparteien. Die freiheitliche Alternative zum Sozialismus*, Bonn 1973, S. 5.

52 Vgl. „Die Zeit“ vom 14.12.1973.

53 Vgl. SPD-Pressedienst vom 27.3.1974.

Sprache der Programmatik der 1970er Jahre konnten das „Christliche“ und die christliche Person- und Verantwortungs idee konsistenter mit den Grundwerten sowie mit politischen Positionen und ordnungspolitischer Programmatik verbunden werden. Auf breites Interesse stießen in der Öffentlichkeit die Diskussionen über die anthropologischen und ethischen Grundlagen von Gesellschaft und Staat in der Grundwertedebatte der 1970er Jahre. An ihr beteiligten sich neben den Kirchen und kirchlichen Akademien auch führende Politiker und Juristen, Philosophen, Sozialethiker sowie Repräsentanten von Kultur und Gesellschaft. Aufmerksamkeit erregte insbesondere die von der Katholischen Akademie Hamburg 1976 veranstaltete Tagung „Grundwerte in Staat und Gesellschaft“, an der als Vertreter der im Bundestag vertretenen Parteien Helmut Schmidt, Helmut Kohl und Werner Maihofer mitwirkten.<sup>54</sup>

Es bestand weitgehend Übereinstimmung darüber, dass im pluralistischen Gemeinwesen die individuelle Wahl von geistigen, ethischen und religiösen Überzeugungen wächst, der Wertekonsens immer mehr schwindet.<sup>55</sup> Wohl besteht zwischen den großen Parteien hinsichtlich der Grundwerte mehr Übereinstimmung, als die Kontroversen im politischen Alltagsstreit zum Ausdruck bringen, doch zeigten sich in den Ausführungen von Schmidt und Kohl unterschiedliche Akzentuierungen. Während Helmut Schmidt die Verantwortung für die Grundwerte vor allem den Kirchen zuwies und die Verantwortung des Staates auf die im Grundgesetz verbrieften Grundrechte beschränkte, betonte demgegenüber Helmut Kohl, dass die Wertgebundenheit der Grundrechte selbstredend auch von den Staatsvertretern zu beachten sei. So sei die unantastbare Würde der Person unbedingt zu schützen. Insofern aber setze die Verpflichtung des Staates auf bestimmte Werte und auf ein bestimmtes Menschenbild der verfassungsmäßig garantierten Freiheit der Meinungen und

---

54 Vgl. Günter GORSCHENEK (Hg.), *Grundwerte in Staat und Gesellschaft*, 3. Aufl., München 1978, S. 13–51, S. 52–87; vgl. zur Grundwertedebatte, insbesondere zur Position von Helmut Schmidt: Oswald VON NELL-BREUNING, *Der Staat und die Grundwerte*, in: DERS., *Soziale Sicherheit? Zu Grundfragen der Sozialordnung aus christlicher Verantwortung*, Freiburg i. Br. 1979, S. 135ff.; vgl. auch Wolfgang PICKEN, *Demokratische Grundwerte. Die Bedeutung der demokratischen Grundwerte für die Bundesrepublik Deutschland und den Einigungsprozess Europas. Eine Studie über die deutschen Parteien und Kirchen seit der Grundwertedebatte von 1976*, Diss. phil., Bonn 2004, S. 26ff., S. 37ff., S. 41ff.

55 Vgl. Klaus WEIGELT (Hg.), *Werte, Leitbilder, Tugenden. Zur Erneuerung der politischen Kultur*, Mainz 1985; Karl Kardinal LEHMANN, *Bleibender schöpferischer Zugewinn. Neuer Mut zum gemeinsamen jüdisch-christlichen Menschenbild*. Festvortrag im Rahmen der „Woche der Brüderlichkeit“ der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit am 14.3.2010 im Landtag in Wiesbaden, [http://webcache.googleusercontent.com/search?q=cache:32LZvSsOuLoJ:www.bistummainz.de/bistum/bistum/kardinal/texte/texte\\_2010/schoepferischer\\_zugewinn.html+Grundwertedebatte+Schmidt+Kohl&cd=4&hl=de&ct=clnk&gl=de](http://webcache.googleusercontent.com/search?q=cache:32LZvSsOuLoJ:www.bistummainz.de/bistum/bistum/kardinal/texte/texte_2010/schoepferischer_zugewinn.html+Grundwertedebatte+Schmidt+Kohl&cd=4&hl=de&ct=clnk&gl=de).

Weltanschauungen sowie dem in der freiheitlich-demokratischen Ordnung vorausgesetzten Wertpluralismus bestimmte Grenzen.

Im Unterschied zu den bisherigen Programmen und Leitsätzen der CDU, dem Berliner Gründungsaufwurf und den Kölner Leitsätzen (beide 1945) bis hin zum Berliner Programm (1968), kennzeichnet das Grundsatzprogramm von 1978 eingehend die anthropologischen, sozialetischen und politiktheoretischen Vorstellungen des „christlichen Verständnisses vom Menschen“. Wesentliche Elemente sind die in der christlich-jüdischen Theologie wurzelnde Menschenwürde, die Befähigung der Person zu sittlichem Handeln und damit in verantworteter Freiheit und gemäß den Prinzipien der Solidarität, der Subsidiarität und der Gerechtigkeit sein Leben und die Welt zu gestalten. Die menschliche Sittlichkeit steht jedoch in einem Spannungsverhältnis zu dem Umstand, dass „jeder Mensch (...) Irrtum und Schuld ausgesetzt“ ist. Diese Einsicht in die Ambivalenz sozialmoralischen Handelns ist eines der wesentlichen Grundcharakteristika christlich-demokratischer Politik. „Sie lässt uns“, so heißt es im Abschnitt über das anthropologische Grundverständnis, „den Menschen nüchtern sehen und gibt unserer Leidenschaft in der Politik das menschliche Maß.“<sup>56</sup>

In den Grundsatzprogrammen der CDU von 1994<sup>57</sup> und 2007<sup>58</sup> sowie in dem Dokument der Wertekommission 2002 wurden im Wesentlichen die ethischen und sozialphilosophischen Ausführungen zum „C“ – meist nur leicht modifiziert und ergänzt – übernommen und fortgeschrieben. Die Grundstruktur des christlichen Menschenbildes bleibt in der Substanz unverändert; die beiden jüngeren Dokumente legen das christliche Menschenbild jedoch neu aus im Hinblick auf die Herausforderungen seit der deutschen Wiedervereinigung und dem Ende des Kalten Krieges, der erweiterten Europäischen Union und der Globalisierung. Das Dokument der Wertekommission der CDU „Die neue Aktualität des christlichen Menschenbildes“ (2002) befasst sich mit der Idee und

56 *Freiheit. Solidarität. Gerechtigkeit. Protokoll. 26. Bundesparteitag. Ludwigshafen 23.–25. Oktober 1978*, hg. von der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Bonn o. J. ([http://www.kas.de/upload/themen/programm/der\\_cdu/protokolle/1978\\_Ludwigshafen\\_26\\_Bundesparteitag.pdf](http://www.kas.de/upload/themen/programm/der_cdu/protokolle/1978_Ludwigshafen_26_Bundesparteitag.pdf), Anhang I: *Grundsatzprogramm der Christlich Demokratischen Union Deutschlands*, S. 3).

57 Vgl. Reinhard GÖHNER (Hg.), *Politik für die Zukunft. Die CDU an der Schwelle zum 21. Jahrhundert*, München 1993; DERS., *Freiheit und Verantwortung. Das CDU-Grundsatzprogramm kontrovers diskutiert*, München 1993; Im Gespräch: *Die CDU und das „C“*. Beiträge zum grundlegenden Selbstverständnis der CDU Deutschlands (Materialien zur Grundsatzprogramm-Diskussion 3), hg. von der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Bonn 1993. Vgl. zur Programmatik auch Peter HINTZE (Hg.), *Die CDU-Parteiprogramme. Eine Dokumentation der Ziele und Aufgaben*, Bonn 1995; Thomas M. GAULY, *Christliche Grundsätze in der Politik*, Sankt Augustin 1995; DERS., „Das „C“ auf dem Weg zur Randerscheinung in unserer politischen Kultur?“, in: Eichholzbrief – Zeitschrift zur politischen Bildung 33 (1996), S. 86–93.

58 Zur Entstehung des 3. Grundsatzprogramms der CDU sowie zur Dokumentation des Textes und reichhaltigen Materialien vgl. <http://www.grundsatzprogramm.cdu.de>.

dem Anspruch des christlichen Menschenbildes. Es bezieht damit Position gegen Tendenzen in der Gesellschaft, „die sich dem christlichen Menschenbild offenbar immer weniger verpflichtet fühlt“, obwohl – so der Vorsitzende der Wertekommission der CDU, Christoph Böhr, im Begleitschreiben zum Dokument – „die Vergewisserung dieses Menschenbildes im Blick auf eine Reihe aktueller politischer Fragen“ Klärung und Lösungen zu bieten vermag.<sup>59</sup>

Eine systematische Erörterung erfährt das „C“ im Namen der CDU auch in dem beachtenswerten Grundsatzpapier: „Christliche Werte und Politik“.<sup>60</sup> Dessen Autoren, Joachim Klose und Werner J. Patzelt, reflektieren das „C“ vor dem Hintergrund gegenwärtiger Rahmenbedingungen des Religiösen in Deutschland – Bedingungen, wie sie schon 1990 im „Spiegel“-Interview von Generalsekretär Volker Rühle anklingen, wonach die CDU durch die Vereinigung „nördlicher, östlicher (und) protestantischer (...)“ werde. In den neuen Ländern gehe – wesentlich stärker als in den alten Ländern – „das ‚C‘ der Union am Lebensgefühl des Großteils ihrer Wähler und Mitglieder vorbei“. Dies aber habe nicht nur für die Programmatik, sondern auch die Selbstdarstellung der CDU beachtliche Konsequenzen. Die für die Politikvermittlung und die politische Bildungsarbeit konzipierten Ideen des Papiers beschäftigen sich mit der Frage, wie das „C“ der CDU „in einer weitgehend entchristlichten Gesellschaft“ zu kommunizieren sei. Zu diesem Zweck formulieren die Autoren die anthropologischen und ethischen Grundlagen des christlichen Menschenbildes sowohl in der Sprache und im Kontext von Theologie und christlichem Glauben als auch in der Sprache politischer Theorie und Ethik, um das „christliche Menschenbild auch „Anders- und Nichtglaubenden“, die sich „an der jüdisch-christlichen ‚Engführung‘ sowie an den speziell christlich-europäischen Politikformen reiben“, verständlich zu machen. Zudem zeigen sie auf, dass das „C“ in der konkreten politischen Gestaltung sozialreformerische, liberale oder konservative Interpretationen erfährt, wobei sich zwangsläufig zwischen den jeweiligen parteipolitischen Flügeln Spannungen ergeben.

Die Überlegungen von Klose und Patzelt hätten vielleicht einer stärkeren Berücksichtigung christlicher Sozialethik bedurft, insofern diese in hohem Maße bereits dem säkularen Charakter des politischen Gemeinwesens und damit auch einem sozialphilosophischen Sprachduktus Rechnung trägt. Doch überzeugen

---

59 *Die neue Aktualität des christlichen Menschenbildes*, hg. von der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Berlin 2002 (<http://www.cdu.de/doc/pdfc/wertekommission.pdf>). Vgl. auch Johannes SCHWARTE, *Dynamisierung des christlichen Menschenbildes*, in: *Die Neue Ordnung* 55 (2001), S. 117–130.

60 Joachim KLOSE/Werner J. PATZELT, „Christliche Werte und Politik“ in: FAZ vom 15.1.2010. Vgl. auch das von einem Kreis evangelischer und katholischer Sozialethiker im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung konzipierte Dokument: *Im Zentrum: Menschenwürde. Politisches Handeln aus christlicher Verantwortung. Christliche Ethik als Orientierungshilfe*, hg. von Bernhard VOGEL, Berlin 2006 ([http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_8951-544-1-30.pdf?07050](http://www.kas.de/wf/doc/kas_8951-544-1-30.pdf?07050)).

die Autoren insgesamt mit ihrem Grundlagenpapier und ihrer Ansicht, dass nichts dagegen spreche, das Konzept des christlichen Menschenbildes „zunächst einmal vom christlichen Glauben her zu entwickeln“ und zu zeigen „was die transzendente Spannkraft der Politik der CDU ausmachen kann“.

### *Zusammenfassung und Ausblick*

Der Modernisierungsprozess von Gesellschaft und Wirtschaft sowie die Demokratisierung und Pluralisierung des politischen Gemeinwesens haben das Verhältnis des Einzelnen, der Öffentlichkeit und der politischen und gesellschaftlichen Institutionen zur Religion wesentlich verändert. Die Säkularisierung der Gesellschaft bedeutet keineswegs eine bloße Randstellung oder gar das Ende der Religion. Zweifellos haben sich aber seit der Gründungs- und Konsolidierungsphase der CDU und der Gründung der Bundesrepublik Deutschland sowohl die Rolle und Funktion der Religion im Bewusstsein und in der Haltung der Einzelnen als auch das Verhältnis der Religion zu den Institutionen bzw. zur institutionalisierten Form der Religion, den Kirchen und Weltanschauungsgruppen seit der Gründung der Bundesrepublik wesentlich verändert. Diese Zusammenhänge wurden am Beispiel des Christlichen im Parteinamen, in der Programmatik und der Politik der CDU näher beleuchtet. Die Christliche Demokratie ist ein markantes Beispiel für den Wandel des Stellenwertes der Religion in Gesellschaft und Öffentlichkeit. Konnte sich beispielsweise der Parlamentarische Rat 1948 noch zur Aufnahme des Namens Gottes ins Grundgesetz entschließen („Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen ...“), so widersetzten sich bei den Beratungen im Europäischen Verfassungskonvent zum Verfassungsvertrag der EU 2003/2004 ein beträchtlicher Teil der Mitglieder – zumeist mit laizistischen Begründungen – einem solchen Ansinnen. Heute würde eine theologische Bezugnahme des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland im Bundestag oder einer von ihm und den Länderparlamenten bestellten verfassungsgebenden Versammlung mit ziemlicher Sicherheit keine Mehrheit erlangen.

In den ersten beiden Jahrzehnten wird das christlich-demokratische und christlich-soziale Ideengut in besonderer Weise unterstützt und geprägt durch die engen Beziehungen der christlichen Kirchen zur CDU. Doch schon in den späten 1950er Jahren brach dieses Verhältnis durch innerkirchliche wie auch gesellschaftlich-politische Entwicklungen auf. Die SPD öffnete sich programmatisch einzelnen Positionen der christlichen Sozialethik. Später nehmen auch die Grünen teilweise christliche Wertvorstellungen in ihre Programmatik auf. Die katholischen und evangelischen Verbände und kirchlichen Vereine fungieren kaum noch als Reservoir der CDU und der Sozialausschüsse der Christ-

lich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA). Die Union öffnet sich zwangsläufig verstärkt auch anderen Wählerschichten und politischen Ideen.<sup>61</sup>

Für die CDU bedeuten die gesellschaftlich-politischen Entwicklungen ein Dilemma: Einerseits kann und will die Partei von ihrer Herkunft und ihrer Geschichte her das „C“ nicht aufgeben; andererseits vermag die Union auch angesichts weitgehender Säkularisierung der Gesellschaft und der Veränderungen des sozialen und parteipolitischen Spektrums (Veränderungen in der Parteienpräferenz bei den christlich orientierten Bürgern) immer weniger Christen anzusprechen – insbesondere unter der Jugend. Die CDU hat – so zeigt der historische Rückblick – von den kirchlich engagierten Christen beider Konfessionen in ganz beträchtlichem Maße profitiert, programmatisch und politisch.<sup>62</sup> So wird man einen gewissen Verlust einer aus religiöser Motivation und Orientierung gespeisten Christlichkeit nicht übersehen können. Doch betreffen diese Aporien nicht nur die Union als Partei, sondern auch das politische Gemeinwesen im Ganzen.

Die Geburt des Staates und der verfassungsrechtlichen Ordnung aus aufgeklärter, religionsneutraler Säkularität ist eine sehr einseitige Sichtweise, die sich aus dem Laizismus speist.<sup>63</sup> Das Christentum jedenfalls hat ungeachtet seines transzendenten Charakters als Offenbarungsreligion nicht zuletzt aufgrund seiner Anthropologie und Sozialethik genügend Substanz, um auch dem Menschen im säkularen Gemeinwesen geistige Orientierung und moralische Normen für den privaten, politischen und kulturellen Bereich zu bieten.<sup>64</sup> Diese Normen und Leitbilder müssen aber immer wieder aktualisiert und – von Zeit zu Zeit – neu übersetzt und interpretiert werden.

---

61 Vgl. Warnfried DETTLING, *Der kritische Rationalismus und die Programmatik der CDU*, in: *Zur Programmatik der CDU*, hg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bonn 1974, S. 79–108; kritisch: Nikolaus LOBKOWICZ, *Pragmatismus und Programm. Die CDU und der kritische Rationalismus*, in: *Die Neue Ordnung* 39 (1985), S. 104–117.

62 Mit anderen Worten: Das Christliche ist historisch durch die Kirchen vermittelt und bedarf zur Erhaltung seiner Vitalität auch institutioneller Formen; vgl. hierzu Helmut SCHELISKY, *Ist Dauerreflexion institutionalisierbar? Zum Thema einer modernen Religionssoziologie*, in: DERS., *Auf der Suche nach Wirklichkeit. Gesammelte Aufsätze*, Düsseldorf 1965, S. 250–275.

63 Vgl. Karl-Heinz LADEUR/Ino AUGSBERG, *Der Mythos vom neutralen Staat*, in: *Juristenzeitung* 1 (2007), S. 12–18.

64 Zum Verhältnis von Christentums und säkularem politischen Gemeinwesen vgl. Günter BUCHSTAB/Rudolf UERTZ (Hg.), *Was eint Europa? Christentum und kulturelle Identität*, Freiburg i. Br. 2008.